

Ohne Waffen(-lieferungen) kein Krieg?

Lukas Schmitt

Etwa vor einem Jahr arbeitete ich an einem bis dato unvollendeten Text für das Magazin Der Schlepper, der sich kritisch mit der Rüstungskontrollpolitik der Ampel-Koalition befasste – verbunden mit der Forderung nach einem Rüstungsexportgesetz. Die russische Invasion in der Ukraine wenige Zeit später veränderte die Gemengelage allerdings.

Die Frage, ob wir der ukrainischen Forderung nach Waffenlieferungen nachkommen sollen, wurde schon damals intern intensiv und kontrovers diskutiert. Vorab: Ich habe mich in der Vergangenheit unter anderem im Schlepper, aber auch akademisch, viel mit dem Thema Rüstungskontrolle und Abrüstung befasst und bin der Meinung, dass eine möglichst restriktive Rüstungsexportpolitik für den globalen Frieden unabdingbar ist. Die Waffenlieferungen, wie jüngst die 14 Leopard-2-Panzer in die Ukraine, befürworte ich dennoch, und halte diese Forderung auch für vereinbar mit dem Selbstverständnis einer flüchtlingssolidarischen Organisation. Mir ist bewusst, dass die Frage eng mit ethisch-moralischen Werturteilen verknüpft ist und gerade deshalb das Potential hat, Bewegungen zu spalten – wie es gerade bei der LINKEN, aber auch in Teilen der SPD zu beobachten ist. Umso wichtiger ist es, dass wir eine Entscheidung für Waffenlieferungen in die Ukraine, gerade angesichts der deutschen Geschichte, gut begründen und eine offene Debatte über das Für und Wider führen.

Dabei ist es zentral, dass die Ukraine aktiv und energisch um Hilfe bittet. Um diesen Hilferuf in einer Notsituation abzulehnen, braucht es sehr gute Gründe – die es aus meiner Sicht in diesem Fall nicht gibt. Im Wesentlichen stütze ich diese These dabei auf fünf verschiedene Komplexe.

Die völkerrechtliche Frage

Oft wird direkt oder indirekt suggeriert, dass Deutschland durch die Waffenlieferungen zum Kriegsteilnehmer wird. Völkerrechtlich ist die Gemengelage allerdings ziemlich klar. Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen ermächtigt Staaten, die Opfer von Aggression bzw. eines

Warum Rufe nach einem Stopp der Waffenlieferungen gefährlich sind

bewaffneten Angriffs werden, zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung. Dieses Recht hat die Ukraine nach dem Angriff Russlands wahrgenommen. Zwar gilt im Völkerrecht das sogenannte Neutralitätsgebot (<https://bit.ly/3InMsJR>), die Waffenlieferungen sind aber nach h.M. durch das Recht auf kollektive Selbstverteidigung gedeckt. Auch die Lieferungen der Leopard-2-Panzer berechtigt Russland nicht zu repressiven Maßnahmen. Argumentationen, die Deutschland de jure oder de facto zur Kriegspartei erklären wollen und damit die Legitimation von Waffenlieferungen negieren, können sich also höchstens auf die politische Dimension stützen.

Die (sicherheits-)politische Frage

Gegner:innen von Waffenlieferungen führen auf politischer Ebene häufig drei Argumente an. Erstens, dass die Lieferung von schweren Waffen Putin zu einem Vergeltungsschlag provozieren könnte. Zweitens, dass die Waffen im oder nach dem Krieg in falsche Hände geraten könnten bzw. dass Waffen auch für „offensive“ Zwecke eingesetzt werden könnten. Und drittens, dass Waffenlieferungen den Krieg nur verlängern und damit für zusätzliches Leid sorgen, weshalb es besser sei, sie gar nicht erst zu liefern.

Vor jeder angekündigten Waffenlieferung war das rhetorische Säbelrasseln von Vladimir Putin in Richtung des Westens groß. Putin weiß allerdings sehr genau, dass ein Angriff auf einen NATO-Staat den Bündnisfall zufolge hätte – ein Krieg, den Russland faktisch nicht gewinnen kann. Dass Russland versucht, mit imaginären roten Linien die Waffenlieferungen zu verhindern, ist ebenso verständlich wie offen-

sichtlich. Das kann also auch nicht der Grund sein, keine Waffen zu liefern.

Bei genauerer Betrachtung entpuppt sich auch das zweite Argument als Nebelkerze. Denn zu Beginn des Krieges hat Deutschland insbesondere Luftabwehrsysteme wie den Flugkanonenabwehrpanzer Gepard geliefert, die die Ukraine vor russischen Luftangriffen geschützt haben. Trotzdem war die Kritik an den Lieferungen groß. Zudem ist es mitnichten der Fall, dass die internationale Gemeinschaft „blind“ Waffen liefert. Der Forderung der Ukraine nach völkerrechtlich verbotener Streu- und Phosphormunition wurde bei-

die Ukraine dem Aggressor nicht schutzlos ausgeliefert ist. Die Forderung, den Krieg nicht zusätzlich zu verlängern darf also nicht die logischen Konsequenzen, die mit einer solchen Forderung einhergehen, ausklammern. Denn die Konsequenzen existieren trotzdem und müssen deshalb in einer verantwortungsvollen Positionierung ebenso thematisiert und einkalkuliert werden. Wenn die Ukraine in den letzten Monaten nicht mit Rüstungsgütern beliefert worden wäre, wäre sie, so die einhellige Meinung von Expert*innen, schon lange von Russland okkupiert. Ob das angesichts der imperialistischen Bestrebungen Putins und der Menschen-

Die ethische Frage

In der aktuellen Debatte sind derzeit zwei Begründungslogiken zu beobachten. Die eine Seite weist auf die Konsequenzen ausbleibender Waffenlieferungen hin, die andere Seite vertritt die These, dass Waffenlieferungen per se nicht in der Lage sind, für Frieden zu sorgen. Die eine Seite argumentiert damit zweckrational, die andere argumentiert eher normgeleitet. Diese handlungstheoretische Differenz nennen die Politikwissenschaftler James March und Johann Olsen „logic of consequences“ und „logic of appropriateness“ (<https://bit.ly/3klrRhm>). In den Internatio-



spielweise auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine deutliche Absage erteilt. Richtig ist allerdings: Für die gelieferte Waffen tragen wir die politische Verantwortung.

Viel wichtiger ist aber die dritte Frage, weil das Argument nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Ja, Waffenlieferungen in die Ukraine verlängern den Krieg. Sie schützen jedoch die Zivilbevölkerung – insbesondere die von den USA gelieferten Patriot-Systeme oder die deutschen Gepard-Panzer, die die brutalen Luftangriffe der russischen Streitkräfte auf militärische, aber auch zivile Ziele, abwehren können. Sie sorgen außerdem dafür, dass

rechtsverletzungen ein wünschenswerter Zustand ist, ist mindestens zu bezweifeln.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Ukraine schon seit Jahren aus Sorge vor einer russischen Invasion um Waffenlieferungen gebeten hat, die, wenn erfolgt worden wäre, Russland gegebenenfalls sogar abgeschreckt hätte, die Ukraine überhaupt zu überfallen. Die Invasion hat sich keinesfalls über Nacht angekündigt, auch, wenn beispielsweise Schara Wagenknecht eine Woche vor dem Beginn des Krieges noch davon sprach, dass „Russland faktisch kein Interesse habe, einzumarschieren“ (<https://bit.ly/3IKVK3X>).

nen Beziehungen ist dem ersten Ansatz insbesondere der auf ein Machtgleichgewicht im internationalen System fokussierte (Neo-)Realismus zuzuordnen. Letztere Begründungslogik bedient vor allem sozialkonstruktivistische Ansätze, die auf der Annahme basieren, dass Akteur:innen in einer gegebenen Situation danach streben, das sozial Angemessene zu tun, anstatt strategische Ziele zu optimieren. Beide Ansätze haben ihre Berechtigung, sowohl aus ethischer als auch aus empirischer Perspektive. In der Frage um die Waffenlieferungen an die Ukraine scheint der konsequentialistische Ansatz aber zielführender. Eine Argumentation, nach der Waffenlieferungen per se nie für Frie-

den sorgen können, blendet die Konsequenzen von ausbleibenden Waffenlieferungen oft aus und verliert folgendes aus dem Blick: Auch ein Nicht-Handeln ist in der aktuellen Lage ein Handeln, das zu konkreten Konsequenzen (für die Ukraine) führt.

Die Frage der Perspektive

Die Kritik nach den ersten Waffenlieferungen war im März 2022 groß. So sprach Richard David Precht von einem „Tabubruch“ und einer „möglicherweise weiteren Eskalation des Krieges“. Viele Talkshows und einen SPIEGEL-Bestseller später räumte der Philosoph im November ein: „Man kann sehen, wie man sich täuschen kann.“ So löblich diese Selbsteinsicht ist (denn zu diesem Eingeständnis sind längst nicht alle bereit), zeigt sie dennoch, wie sehr wir in den Debatten um uns selbst kreisen. Wir diskutieren darüber, dass wir „unseren Lieblingssender nicht mehr aushalten“, weil er angeblich einseitig über Waffenlieferungen informiert (Der Freitag, <https://bit.ly/3SoGTzr>), haben uns gerade zu Beginn des Krieges in US-amerikanischen Völkerrechtsverletzungen verbissen und fordern, dass „Berlin auf Moskau zugehen solle“ (Junge Welt, <https://bit.ly/3InMb9N>). Was all diese Argumentationsstränge gemein haben: Die Bevölkerung in der Ukraine ist in diesen Debatten kein Akteur. Besonders deutlich wurde das zuletzt in einem Interview mit dem Rüstungskritiker Jürgen Grässlin: »Mein Motto lautet: Lieber lebend und frei – durch die Vertreibung der russischen Besatzer mit den Mitteln der zivilen Verteidigung. Und um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Gewaltfreier Widerstand verlangt Mut und Standhaftigkeit.« (<https://bit.ly/3Ev741O>)

Man kann über den vermeintlich empirischen Befund, dass ziviler Widerstand erfolgreicher ist als gewaltsamer, sicherlich diskutieren. Diese Debatte über die Köpfe der Ukrainer:innen zu führen und ihnen moralisch implizit die eigene Selbstverteidigung vorzuwerfen, hat fast schon autoritäre Züge. Diejenigen, die am meisten zu verlieren haben, kommen in diesen Debatten jedoch am wenigsten zu Wort.

Die Frage nach der Alternative

„Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen.“ – mit diesen Worten umreißt das von Sahra Wagenknecht und Alice

Schwarzer initiierte sogenannte „Manifest für den Frieden“ die zentrale Forderung: Ein Stopp der Waffenlieferung. Gefordert werden gleichermaßen Verhandlungen und „Kompromisse [zu] machen, auf beiden Seiten“. Aufrufe dieser Art sind ebenso häufig wie ärgerlich. Denn keiner dieser offenen Briefe zeigt konkrete Vorschläge auf, wie Putin an den Verhandlungstisch geholt werden kann – und diese Herangehensweise gewinnt auch dann



nicht an Substanz, wenn als „Beweis“ für das fehlende Interesse des Westens an Frieden in der Ukraine das Interview mit dem damaligen israelischen Premier Naftali Bennett falsch interpretiert wird (<https://bit.ly/31JB3pe>). Selbst, wenn ein Waffenstillstand möglich wäre: Von einer friedlichen Beilegung des Konflikts wäre man noch Lichtjahre entfernt.

Die falsche Frage: Warum sich »Verhandlungen« und »Waffenlieferungen« nicht per se ausschließen

Es ist mir ein Rätsel, wie man Russland an den Verhandlungstisch bekommen soll, ohne dem Aggressor in einem weiten Teil seiner Forderungen entgegenzukommen. Es sei denn, die westlichen Waffenlieferungen bleiben aus und die Ukraine muss sich einem Diktatfrieden Russlands beugen. Diese Konsequenz macht deutlich, weshalb die Gegenüberstellung von Verhandlungen und Waffenlieferungen mindestens künstlich, wenn nicht sogar unredlich ist.

Es liegt vielmehr nahe, dass die Waffenlieferungen genau das Mittel sind, das Putin aufgrund andauernder militärischer Niederlagen in einem Krieg, der in Russland nicht mal so genannt werden darf, an den Verhandlungstisch bringen könnte. Dieses Ziel teilen im Kern sowohl Befürworter*innen, als auch Gegner:innen von Waffenlieferungen. Von den Gegner:innen wird es jedoch allzu oft als gemeinsamer Nenner und übergeordnetes Ziel (bewusst oder unbewusst) übersehen. Dabei ist die Rechnung relativ einfach: „Verhandlungen machen nur Sinn, wenn die Ukraine Druck auf den Besatzer ausüben kann“, so der Politologe Carlo Masala kürzlich auf einer Veranstaltung in Frankfurt (<https://bit.ly/3IT19Nr>). Herbert Prantl forderte kürzlich, dass man „Verhandlungsbereitschaft auch herbeiverhandeln kann“ (<https://bit.ly/31JrjLI>) – das klingt durchaus attraktiv, ohne politische Vorschläge, wie eine solche Verhandlungsbereitschaft denn herbeiverhandelt werden kann, bleibt es aber beim frommen Wunsch.

Mir geht es nicht darum, Meinungen zu diskreditieren. Im Gegenteil: Wir müssen eine offene Debatte über das Für und Wider von Waffenlieferungen führen. Dabei hilft es weder, Kritiker:innen per se zur fünften Kolonne Putins zu erklären, noch Befürworter:innen von Waffenlieferungen „Kriegstreiberei“ oder „Bellizismus“ vorzuwerfen. Wichtig ist aber, dass die politischen Implikationen von ausbleibenden Waffenlieferungen sowohl zu Ende gedacht als auch ausgesprochen werden müssen. Wenn Deutschland und der sogenannte Westen die Ukraine nicht weiter militärisch unterstützen, wird sie den Krieg gegen Russland verlieren. Das Resultat wäre ein Diktatfrieden Russlands, wobei man nicht mal sicher sein kann, – Stichwort Minsk II – dass Putin seine imperialistischen Bestrebungen dann überhaupt ad acta legt.

Waffenlieferungen sind, um das berühmte Zitat von Winston Churchill zu bemühen, das schlechteste Mittel aller Mittel, die uns zur Verfügung stehen – außer alle anderen. Nur durch das Prinzip „Hoffnung“ (Albrecht von Lucke) wird sich der Krieg zumindest nicht beilegen lassen.

Lukas Schmitt ist Politikwissenschaftler und Mitglied im Vorstand des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V. Kommentare zu seinem Text sind erwünscht und willkommen an: schlepper@frsh.de